Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 110. | Dresden, Montag den 15. Mai 1916. | 27. Jahrg.

Ein „Unannehmbar" in der Steuerfrage?

* Der Staatssekretär des Reichsschatzamts hält in der Pause der Reichstagsverhandlungen Besprechungen mit Ministerpräsidenten und Finanzministern der Einzelstaaten ab. Es handelt sich, wie sich aus den bisherigen Steuerberatungen der Reichstagsausschüsse ergibt, um die Frage, ob und inwieweit der Bundesrat der im Reichstag bestehenden Absicht, durch eine einmalige Vermögensabgabe einen Teil der indirekten Steuern zu beseitigen oder herabzusetzen, Entgegenkommen zeigen will.

Diese Beratungen stehen ferner in Verbindung mit den im preußischen Dreiklassenhaus hervorgetretenen Drohungen, dieses Haus würde, falls das Reich eine Vermögensabgabe beschließt, die preußische Vorlage über die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommen- und Ergänzungssteuer ablehnen. Eine den Regierungskreisen nahestehende Nachrichtenstelle erklärt hierzu, daß die preußischen Drohungen gegen die Reichsvermögensabgabe „im Bundesrat die Beachtung finden dürften, die sie verdienen". Das heißt, der Bundesrat werde sich die Steuerideen des Dreiklassenhauses zu eigen machen und der Absicht des Reichstags ein Unannehmbar entgegensetzen.

Die Dinge spitzen sich also derart zu, daß einerseits im Reichstag eine Heranziehung des Besitzes zu den Kriegsausgaben des Reichs angestrebt wird, während andrerseits die preußischen Junker drohen, im Falle der Belastung durch das Reich die geplante Besitzbelastung in Preußen fallen zu lassen. Und der Bundesrat scheint sich auf die Junkerseite schlagen zu wollen, da er sich ja auch schon stets gegen einen „Eingriff des Reiches in die Steuerquellen der Bundesstaaten" aufs heftigste gesträubt hat.

Es kann nicht davon die Rede sein, daß der Besitz außer den einzelstaatlichen Zuschlägen eine Reichsvermögensabgabe zu leisten nicht imstande wäre. In dieser Zeit, wo die Unbemittelten und Aermsten so außerordentliche Opfer bringen und kaum das Allernötigste zur Existenzfristung haben, kann der Besitz ganz zweifelsohne weit mehr auf den Altar des Vaterlands niederlegen, als es durch die bisherige Steuergesetzgebung und die neuen Steuergesetzentwürfe geschieht und geschehen soll. Es müßte im deutschen Volke eine überaus starke Erbitterung erregen, wenn der Bundesrat bei der Schonung der Vermögenden beharren wollte, während Handel und Gewerbe und alle Verbraucherkreise durch Postgebührenerhöhungen, Warenumsatzsteuer und Tabakabgabensteigerungen belastet werden.

Die Ablehnung der Vermögensabgabe durch den Bundesrat wäre nicht nur die denkbar größte Ungerechtigkeit, sondern auch ein politischer Fehler ersten Ranges. Wenn das deutsche Volk in dieser furchtbaren Kriegszeit ausharren soll, so dürfen ihm nicht die ärgsten Zumutungen auf steuerlichem Gebiete gemacht werden. Werden solche Zumutungen gemacht, so fällt die schwere Schuld für die daraus sich ergebenden Folgen auf die regierenden Kreise. Ein Unannehmbar in der Frage der Vermögensabgabe würde für Deutschland viel schlimmeres bedeuten als eine verlorene Schlacht!

Die Reichstagsparteien dürfen sich auf keinen Fall weder durch die Drohungen aus dem preußischen Dreiklassenhause noch durch Widerstreben des Bundesrats ins Bockshorn jagen lassen. Sie müssen fest dabei beharren, daß schlechte Verkehrs- und Verbrauchssteuern mindestens durch eine Reichsvermögensabgabe ersetzt werden. Bleibt der Reichstag fest, so wird der Bundesrat sich damit abfinden und auch das preußische Abgeordnetenhaus wird klein beigeben müssen.

Eine große Aufgabe.

Zum Wechsel im Reichsamt des Innern.

Die Blicke richten sich auf den leergewordenen Platz im Reichsamt des Innern. Wer soll die Nachfolge Delbrücks antreten? Wer soll vor allem die bisher ungelöst gebliebene Aufgabe übernehmen, die Lebensmittelorganisation endlich durchgreifend zu ordnen? Mit Einstimmigkeit weist die öffentliche Meinung dem Reichsamt des Innern die Aufgabe zu, den Lebensmittelmarkt von der Anarchie, die noch immer auf ihm herrscht, zu befreien und die geordnete Ernährung der Massen sicherzustellen. Was früher Zukunftsziel war, Produktion und Verbrauch durch staatliche Zentralvernunft zu regeln und damit ein besseres Dasein des Volkes zu ermöglichen, das ist im Kriege brennende Gegenwartsforderung geworden, nicht um des Besserlebens, sondern um des nackten Daseins willen.

Weil die Aufgaben des Reichsamts des Innern unübersehbar groß geworden sind, spricht man von einer Teilung des Amtes und der Abzweigung einer Wirtschaftszentrale, die unter diktatorische Vollmacht ihres Leiters gestellt sein soll. Dabei handelt es sich natürlich nicht um eine Diktatur, die das Amt und seinen Träger über die verfassungsmäßigen Instanzen der Reichsverfassung, über den Reichstag, den Bundesrat und den verantwortlichen Reichskanzler emporheben soll. Sondern es handelt sich um die Schaffung einer Zentrale, die von oben nach unten durchgreifend wirkt und in ihrer Tätigkeit weder durch partikularstaatliche, noch durch kommunalpolitische Schwierigkeiten gehemmt wird. Die Regierungen der Einzelstaaten und die Gemeindeverwaltungen sollen die ausführenden Organe dieser Zentrale sein, und nicht nur der gesamte zivile Verwaltungsapparat einschließlich der Polizei, sondern auch die militärische Assistenz sollen zu ihrer Verfügung gehalten werden. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet ist es ziemlich gleichgültig, ob der Leiter des Amts dem Zivilbeamtenstande oder dem Militär entnommen wird; Hauptsache ist, daß er weiß, was er will und daß er organisieren kann.

Der Organisationsplan hat bei der Produktion selbst zu beginnen. Für das kommende Wirtschaftsjahr sind der Landwirtschaft bezirksweise die ihr zukommenden Leistungen zuzuweisen, so daß die Summe der Leistungen die Deckung des vorausgesehenen Gesamtbedarfs ermöglicht. Die Verteilung der Produkte muß auf dem kürzesten und billigsten Wege unter tunlichster Ausschaltung jedes Zwischenhandels erfolgen. Hat die staatliche Verwaltung die Regelung der Produktion und die Verteilung der Produkte zu besorgen, so ist es dann Sache der Gemeindeverwaltung, diese Produkte in möglichst verbrauchsfähigem Zustande an die Verbraucher zu bringen. Der ganze Weg aber von der Ackerfurche und vom Stall bis zur Kleinverteilung und zur Fahrküche steht unter der Aufsicht der Zentrale selbst.

Das sind kühne Vorschläge, wie sie zu Friedenszeiten auch ein Sozialist für die unmittelbare Gegenwart kaum gewagt hätte. Heute sind sie geistiges Allgemeingut der Gesamtheit, unmittelbar zwingende Gegenwartsforderungen geworden, denn das Gefühl ist allgemein, daß es so wie bisher nicht weitergeht. Es geht nicht weiter mit Bundesratsverordnungen, die von Land zu Land, von Stadt zu Stadt verschiedene Auslegung und Durchführung finden. Es geht nicht weiter mit einem System, das es jeder Instanz ermöglicht, die Schuld an allgemein empfundenen Mängeln einer andern Instanz aufzubürden. Es ist unmöglich, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Hat man sich einmal zu tiefeinschneidenden Maßregeln entschlossen, dann muß das Reich schließlich die Verantwortung für den gesamten Wirtschaftsprozeß übernehmen.

Daß Herr Delbrück, der nicht wegen einer Minister-krankheit, sondern wegen eines wirklichen ernsten Leidens aus dem Amte geschieden ist, nicht der Mann war, eine solche Lebensmitteldiktatur in die Hand zu nehmen, wird allgemein anerkannt. Jetzt wird darüber gestritten, wo der geeignete Mann dazu zu finden ist. Von einem Zivilbeamten erwartet man tiefere Kenntnis des gesamten komplizierten Wirtschaftsgewebes, von einem General unbekümmerteren Blick für große staatliche Notwendigkeiten und energischeres Zugreifen. Der Mann, der das Amt richtig verwalten soll, muß aber beide Eigenschaften miteinander verbinden. Das Schlimmste wäre es, wenn man die Personalfrage rein formal lösen, einen General neben einen Zivilbeamten, einen Frack neben die Uniform setzen wollte. Dadurch würde nur noch mehr Zersplitterung und Verwirrung gestiftet. Es ist aber notwendig, endlich einmal genau zu wissen, wer im deutschen Hause Koch und wer Kellner ist.

•

Die volle Vereinheitlichung.

Der Berliner Vertreter der Köln. Zeitung berichtet: Es sind Vorbereitungen im Gange, deren Ziel die volle Vereinheitlichung aller auf die Volksernährung bezüglichen Maßnahmen ist. Die Vereinheitlichung wäre so zu denken, daß die Handhabung der gesamten Maßnahmen an eine einzige Persönlichkeit übertragen wird, von deren viel bewährter Tatkraft man die rücksichtslose, straffe Durchführung der ihr zu übertragenden umfassenden Aufgaben erwarten kann. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß die Entscheidung darüber bereits in den nächsten Tagen erfolgen wird.

•

Unter den Kandidaten, die für die Leitung der besonderen Abteilung für Lebensmittelversorgung im Reichsamt des Innern in Frage kommen sollten, wurde auch der Oberpräsident von Ostpreußen Battocki genannt. Er läßt jetzt der Presse mitteilen, daß es sich dabei um ein der tatsächlichen Unterlage entbehrendes Gerücht handele. Der Oberpräsident, der den Wiederaufbau der Provinz Ostpreußen bearbeitet, könne nicht jetzt inmitten der noch nicht vollendeten Arbeit seinen Posten verlassen.

•

Der Berliner Lokalanzeiger schreibt:

„Die neue Behörde soll, wie wir erfahren, keineswegs mit diktatorischen Gewalten ausgestattet werden, sondern von den Beschlüssen des Bundesrats abhängig sein. An ihrer Spitze soll aber eine oder zwei einander nebengeordnete Persönlichkeiten stehen, die mit unbeschränkten Befugnissen für die Durchführung der Beschlüsse des Bundesrats versehen sein sollen. Sollte die Leitung der Behörde doppelköpfig werden, so würde sie wohl einem General und einem Zivilbeamten zufallen.

Ob dem neuen Amt der Charakter eines Staatssekretariats gegeben wird, ist noch nicht entschieden. Auch über die Personen, die mit dieser Leitung betraut werden sollen, ist noch keine endgültige Bestimmung getroffen.

Eine in leitender Stellung stehende Persönlichkeit äußerte sich zu den vorstehenden Mitteilungen dahin, daß seiner Ansicht nach ohne Zuhilfenahme des Belagerungszustandes eine durchgreifende Reform zur Besserung der Lebensmittelversorgung einfach nicht möglich sei. Es müsse unbedingt mit den Ausfuhrverboten für einzelne Bezirke, mit den verschiedenen Höchstpreisen in den verschiedenen Provinzen und Kreisen aufhören, wolle man die schweren Mißstände für die Allgemeinheit aus der Welt schaffen."

•

Französische Angriffe abgeschlagen.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 15. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

In vielen Abschnitten der Front war die beiderseitige Artillerie- und Patrouillentätigkeit lebhaft.

Versuche des Gegners, unsere neugewonnene Stellung bei Hulluch wiederzunehmen, wurden, soweit sie nicht schon in unserem Artilleriefeuer zusammenbrachen, im Nahkampfe erledigt.

Im Kampfgebiete der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhange des Toten Mannes und beim Caillette-Walde mühelos abgeschlagen.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

und

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Amerikanischer Protest gegen England.

Neuyork, 12. Mai. (Durch Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) Washingtoner Depeschen melden, die Regierung bereite einen Protest an England gegen dessen Politik vor, Verschiffungen von Hilfsmitteln des amerikanischen Roten Kreuzes aufzuhalten, die für die Mittelmächte bestimmt sind. Staatssekretär Lansing empfing einen Brief von dem früheren Präsidenten Taft, der jetzt Vorsitzender des Zentralkomitees des Roten Kreuzes ist, in dem dieser eine solche Maßnahme dringend fordert. Tafts Brief brachte zum ersten Male an den Tag, daß England es formell abgelehnt hat, die Erlaubnis für die Verschiffung von Hilfsmitteln an die Mittelmächte zu geben, außer wenn sie für amerikanische Hospitäler bestimmt sind. Diese Ausnahme, schrieb Taft, sei wertlos, weil infolge Mangels an Mitteln des Roten Kreuzes seit Oktober letzten Jahres in den kriegführenden Ländern keinerlei Anstalten unterhalten wurden. Taft sagte in seinem Briefe: Die Behörden des amerikanischen Roten Kreuzes sind der Ansicht, daß gemäß der Genfer Konvention, die die Vereinigten Staaten und alle kriegführenden Mächte unterzeichnet haben, die Vereinigten Staaten ein vertragliches Recht haben, darauf zu bestehen, daß Gegenstände, die ausschließlich Kranken und Verwundeten dienen und in Form von Medizinalartikeln von dem amerikanischen Roten Kreuz an das Rote Kreuz der Mittelmächte verschickt werden, nicht als Bannware erklärt werden, sondern ihnen die weitere Ueberführung an ihren Bestimmungsort gestattet wird. Neuyork Sun sagt in einer Depesche aus Washington, die anscheinend amtliche Ankündigung der Absicht Wilsons, an England über dieses Stadium seiner Blockadepolitik eine Note zu senden, wird hier für bedeutungsvoll gehalten. Abgesehen von ihren offensichtlich menschenfreundlichen Beweggründen wird der Absicht des Präsidenten, die diplomatischen Erörterungen mit England, die während des kritischen Stadiums des Unterseebootkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zeitweise ruhten, wieder aufzunehmen, in diplomatischen Kreisen große Bedeutung beigemessen.

Kundgebungen gegen das neue Wehrpflichtgesetz in England.

Amsterdam, 15. Mai. (B. Z. am Mittag.) Ein Teil der englischen Arbeiterverbände bereitet sich auf energische Proteste und Kundgebungen gegen die Annahme des neuen Wehrpflichtgesetzes vor, die ernste Unruhen in den Industriegegenden erwarten lassen. Die Regierung ordnete militärische Vorsichtsmaßregeln an.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 15. Mai. Amtlicher Kriegsbericht vom 14. Mai. Westfront: Südwestlich Dünaburg hatte unsere Artilleriefeuer eine Explosion bei einer feindlichen Batterie zur Folge. An der mittleren Strypa versuchen feindliche Abteilungen, sich unseren Stellungen zu nähern; sie wurden jedoch jedesmal durch unser Feuer zerstreut. Wir machten einige Gefangene. — Kaukasusfront: Die auf Bidlis vorgehende Kolonne schlug überall türkische Angriffe mit großen Verlusten für den Feind ab. In Richtung Erzindjan zogen die Türken bei Aschkala beträchtliche Kräfte zusammen und griffen dann an. Nach einstägigem erbittertem Kampfe gelang es ihnen, unsere Vortruppen stellenweise zurückzudrängen. Unser Feuer fügte ihnen jedoch so große Verluste zu, daß sie den weiteren Angriff aufgeben mußten. Am Mosul vorgehend besetzten unsere Truppen die Gegend von Rowenduz in Mesopotamien (135 Kilometer östlich Mosul). Dort ließen die geschlagenen feindlichen Kräfte bei ihrem eiligen Rückzuge drei Geschütze stehen, ferner eine Menge Gewehre, Artillerie- und Infanteriemunition sowie die Kanzlei eines türkischen Detachements.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160515/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG